

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache 20(17)61

Stellungnahme von Fabian Grischkat, zur 40. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema «LGBTIQ - Rechte weltweit» am Mittwoch, den 24. Mai 2023

Beantwortung der Fragen zu den Themen « Globale Vernetzungen der Anti-Gender-Bewegung » sowie « Sichere Herkunftsstaaten »

Berlin, 15.05.2023

1. Globale Vernetzung der Anti-Gender Bewegung

Queerfeindliche, antifeministische und rechtspopulistische Bewegungen, die gegen die Akzeptanz queerer Rechte, die Gleichstellung der Geschlechter und sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRHR)¹ mobilisieren, steigern weltweit seit Jahren ihre Sichtbarkeit und sorgen gezielt für Diskursverschiebungen.² Dabei machen sich die denkenden Akteur:innen der Anti-Gender-Bewegung die durch das System des Patriarchats geschwächten Standpunkte marginalisierter Gruppen in der Gesellschaft, wie die der queeren Community (insbesondere trans* Menschen) und Frauen (die zwar keine Minderheit darstellen, aber unter Berücksichtigung patriarchaler Unterdrückung ebenfalls als marginalisiert gewertet werden können) zunutze.

Das Wachstum dieser international vernetzten Gruppierungen geschieht nicht zufällig, sondern wird seit Jahren strategisch koordiniert und finanziert. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die Anti-Gender-Bewegung über ihre globale Vernetzung eine gezielte Finanzierungsstrategie verfolgt, welche auch vor rechtsextremen Denkfabriken und korrupten Oligarchen keinen Halt macht, und dadurch finanziell deutlich besser aufgestellt ist, als es queere und menschenrechtsfördernde Organisationen sind. Im Folgenden möchte ich beleuchten, woher die finanziellen Mittel europäischer und transnationaler Bewegungen stammen und welche konkreten Pläne und Ziele diese verfolgen.

Europa

In den vergangenen Jahren veröffentlichte das Europäische Parlamentarische Forum für sexuelle und reproduktive Rechte (EPF) mehrere Berichte, die explizit die Finanzströme und Vernetzungen europäischer Anti-Gender-Gruppierungen aufzeigen. 2018 publizierte das EPF einen Bericht mit dem Titel "Die ‚Agenda Europe – ‘Strategien und Ziele eines Netzwerks gegen sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte in Europa“³.

¹ Sexual and reproductive health and rights or SRHR is the concept of human rights applied to sexuality and reproduction (<https://inspire-partnership.org/we-love-srhr.html>)

² Wittenius, Marie: Die transnationale Anti-Gender Bewegung in Europa. Berlin: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., 2021. DOI: <https://doi.org/10.25595/2155>.

³ EPF „Restoring The Natural Order: The Religious Extremists Vision to Mobilize European Societies Against Human Rights on Sexuality and Reproduction“ übersetzt von Miriam Geoghegan https://www.epfweb.org/sites/default/files/2021-03/rtno__DE_epf_online_2021.pdf

Die Agenda Europe gründete sich im Januar 2013 bei einer „Strategischen Klausur“ in London, an der ca. 20 prominente Akteur:innen der Pro-Life-Bewegung sowie strategische Berater:innen aus Nordamerika und Europa teilnahmen. Im Fokus standen zwei Themen: Der Aufbau eines christlich inspirierten Thinktanks und die Entwicklung von Strategien für die Pro-Life-Bewegung in Europa.

Diese Klausur legte den Grundstein für 15 politische Initiativen, die alle unter dem Dach der Agenda Europe das Ziel verfolgen, die Rechte der queeren Community und Menschenrechte auf z. B. Abtreibung oder Verhütungsmittel einzuschränken bis abzuschaffen. Diese Ziele werden in einem gemeinsamen Manifest mit dem Titel „Restoring the Natural Order: An Agenda for Europe“ festgehalten. Die Agenda Europe trifft sich jährlich auf einem Gipfel, auf dem etwa 100 bis 150 Anti-SRR-Aktivist:innen aus ganz Europa erscheinen. Der Austragungsort variiert, so fanden diese Treffen bereits u.a. in München, Dublin und Warschau statt. 2015 einigte sich die Agenda Europe auf fünf verschiedene thematische Strategien⁴:

- eine Strategie gegen Sterbehilfe,
- eine Strategie für die Religionsfreiheit,
- eine Strategie für Ehe und Familie,
- eine Strategie gegen Antidiskriminierungsgesetze
- eine Strategie gegen Leihmutterchaft.

Die Agenda Europe gibt selbst keine Auskunft über ihre Finanzierung. Zu den potenziellen Geldgeber:innen des Programms zählen der mexikanische Milliardär und Abtreibungsgegner Patrick Slim Domit,⁵ Erzherzog Imre von Habsburg-Lothringen und Erzherzogin Kathleen von Habsburg-Lothringen, die Schirmherr:innen mehrerer Anti-SRR-Initiativen sind⁶, und Oliver Hylton, ehemaliger Vermögensverwalter von Sir Michael Hintze. Hylton finanzierte zuvor bereits einen Thinktank, welcher Positionen bezieht, die den Klimawandel leugnen.⁷ Zusammenfassend hält das EPF fest:

„Das gesamte private Vermögen dieser Agenda-Europe-Teilnehmenden beläuft sich auf 5,3 Milliarden US\$ bei Patrick Slim, zwischen 63 und 207 Millionen US\$ bei der Familie Habsburg-Lothringen, 2,1 Milliarden US\$ bei Sir Michael Hintze und 225 Millionen US\$ bei Konstantin Malofejew.“⁸

2021 veröffentlichte das EPF einen Bericht, der konkrete Auskünfte über die Finanzierung europäischer Anti-Gender-Akteur*innen zwischen 2009 und 2018 liefert. Demnach entfielen im genannten Zeitraum 707,2 Millionen US-Dollar auf insgesamt 54 Organisationen (NGOs, Stiftungen, religiöse Organisationen und politische Parteien). Die jährliche Finanzierung hat sich in diesem Zeitraum von 22,2 Millionen US-Dollar im Jahr 2009 auf 96 Millionen US-Dollar im Jahr 2018 vervierfacht. Laut des

⁴ Programm des Agenda-Europe-Gipfels 2015

⁵ Beauregard, Luis Pablo (2017): „La guerra contra el aborto en México, La millonaria asociación provida que mueve los hilos de la ultraderecha en México“. El País, 16. Februar 2017.

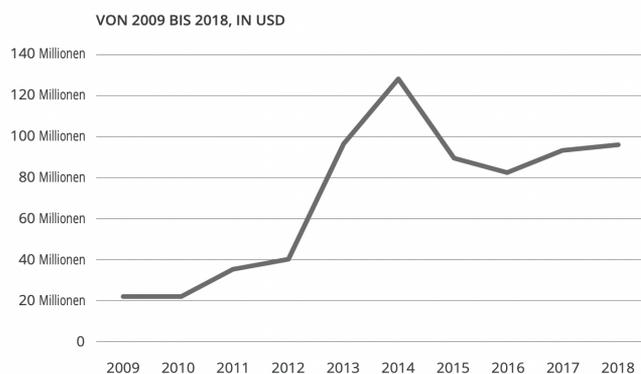
⁶Zum Beispiel ist Otto von Habsburg als Gründer und Schirmherr des Instituts Dignitatis Humanae aufgeführt: <http://www.dignitathumanae.com/index.php/about-us/about-the-institute/>; und Christiana von Habsburg-Lothringen, Erzherzogin von Österreich, hielt eine Rede beim Weltfamilienkongress (WCF) 2017 in Budapest (Gillian Kane, Notes of WCF, 2017)

⁷The Guardian (2012): „Michael Hintze revealed as funder of Lord Lawson’s climate thinktank“. The Guardian, 27. März 2012.

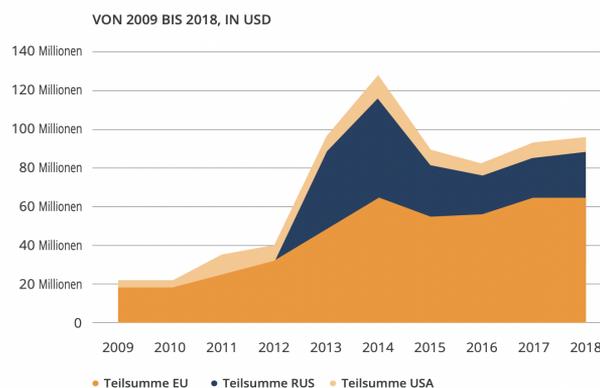
⁸ EPF „Restoring The Natural Order: The Religious Extremists Vision to Mobilize European Societies Against Human Rights on Sexuality and Reproduction“ übersetzt von Miriam Geoghegan https://www.epfweb.org/sites/default/files/2021-03/rtno__DE_epf_online_2021.pdf

Berichts des EPFs gibt es drei geografische hauptsächliche Herkunftsorte für die Finanzierung dieser Organisationen: Die USA (11,5 % / 81,3 Mio. USD), Russland (26,6 % / 188,2 Mio. USD) und die EU, mit dem größten Anteil (66,9 % / 437,7 Mio. USD). Der höchste Anteil dieser Organisationen lässt sich in Frankreich, Italien, Deutschland, Spanien und Polen lokalisieren.⁹

GESAMTE ANTI-GENDER-FINANZIERUNG IN EUROPA



GESAMTE ANTI-GENDER-FINANZIERUNG IN EUROPA NACH URSPRUNGSREGION



Quelle: Europäisches Parlamentarisches Forum für sexuelle & reproduktive Rechte

⁹ EPF „Tip of the Iceberg: Religious Extremist Funders against Human Rights for Sexuality & Reproductive Health in Europe” <https://www.epfweb.org/sites/default/files/2021-08/Tip%20of%20the%20Iceberg%20August%202021%20Final.pdf>

Finanzierung aus Russland

Eine beträchtliche Summe von 188,2 Millionen USD stammt aus Organisationen (Stiftungen, Denkfabriken und Medien), die enge Verbindungen zu den russischen Oligarchen Vladimir Jakunin und Konstantin Malofejew unterhalten. Es wurde auch bekannt, dass diese Oligarchen in Verbindung zu sogenannten "Waschsalons" stehen, in denen Schwarzgeld im Vorfeld vergangener Wahlen in Europa an rechtsextreme Parteien weitergeleitet wurde. Zusätzlich haben mindestens vier internationale Regierungsorganisationen aus Russland Geldmittel bereitgestellt, um weltweit eine Anti-Gender-Mobilisierung zu fördern, jedoch sind die konkreten Beträge nicht bekannt.¹⁰

Einige Organisationen in Europa, die gegen die Rechte von Frauen und LGBTIQ-Personen kämpfen, teilen eine ideologische Ausrichtung mit dem ultrakonservativen Denken, das im Kreml vorherrscht. Ein konkretes Beispiel dafür ist CitizenGO, eine Online-Plattform für konservative Aktivisten mit Sitz in Madrid. Die Plattform ist bekannt für die Organisation von groß angelegten E-Petitionen, die sich unter anderem gegen die Rechte von trans* Menschen und das Recht auf Abtreibung richten. Obwohl CitizenGO im Frühling 2022 behauptete, niemals von russischen Oligarchen finanziert worden zu sein, hat das Intolerance-Network von Wikileaks einen Datensatz veröffentlicht, der einen Spendenbrief aus dem Jahr 2013 enthält. Angeblich wurde dieser Brief von CitizenGO an den Pro-Putin-Oligarchen Konstantin Malofejew geschickt, der enge Verbindungen zu einem Vorstandsmitglied von CitizenGO, Alexej Komow, unterhält. Der Datensatz enthält auch eine offensichtliche Finanzierungsvereinbarung zwischen den beiden Parteien.¹¹

Der Oligarch Wladimir Jakunin ist für den größten Anteil der Finanzierung aus Russland verantwortlich. Auf ihn ist ein dreistelliger Millionenbetrag zurückzuführen, den Jakunins Stiftungen in Europa gegen die „westliche Dekadenz“ verwenden. Eine dieser Stiftungen ist der "Istoki-Endowment-Fund", der von dem Oligarchen Dmitry Aleksandrovich Pumpjanskiy, der von der EU sanktioniert wurde, verwaltet wird. Die "St. Andrew the First Called Foundation" wird von Jakunin unterstützt und dient als eines der Hauptinstrumente, um Geld in Europa zu verteilen. Einem Bericht des EPF zufolge hat Jakunin so mehrere Veranstaltungen des "World Congress of Families" finanziert. Diese Organisation gibt vor, sich für das Wohl von Kindern und Familien einzusetzen, ihre Aktivitäten richten sich jedoch auch gegen Werte wie Gleichheit und Toleranz.¹²

Ein weiteres Beispiel für die politische Einflussnahme Russlands ist Grégor Puppincq vom Europäischen Zentrum für Recht und Gerechtigkeit (ECLJ), der als Teil einer Delegation von La Manif Pour Tous 2014 an einer Reise nach Moskau teilnahm. Dabei handelte es sich um eine französische Kampagnenorganisation, die gegen die Eheschließung und Kinderadoption durch gleichgeschlechtliche Paare eintritt. Die Reise beinhaltete Besuche in beiden Kammern des russischen Parlaments sowie in verschiedenen Ministerien. Der Vertreter des Moskauer Patriarchats in der EU erklärte, dass das Ziel der Delegation darin bestand, "Kooperationspartner in Russland zu finden, um traditionelle Werte zu verteidigen".¹³

¹⁰ EPF „Tip of the Iceberg: Religious Extremist Funders against Human Rights for Sexuality & Reproductive Health in Europe“ <https://www.epfweb.org/sites/default/files/2021-08/Tip%20of%20the%20Iceberg%20August%202021%20Final.pdf>

¹¹ "The Intolerance Network" <https://wikileaks.org/intolerancenetwork/files/10346>

¹² Das Netzwerk des Wladimir Jakunin <https://www.reporter.lu/russischer-einfluss-luxemburg-das-netzwerk-des-wladimir-jakunin/>

¹³ Russia's links to European conservatives must be examined | openDemocracy <https://www.opendemocracy.net/en/5050/russia-ukraine-war-putin-europe-far-right-funding-conservatives/>

Finanzierung aus Europa

Ein Großteil der Finanzierung von Anti-Gender-Bewegungen innerhalb Europas stammt aus der EU selbst (66,9%). Etwa 20 Stiftungen innerhalb von fünf transnationalen Netzwerken und Schwerpunkten, darunter Anti-Abtreibungshilfe, Anti-LGBTIQ, Mobilisierung über soziale Medien, extremistische katholische Netzwerke und christliche politische Parteien, tragen den größten Teil dieser Gelder bei. Vor allem katholische Stiftungen aus Frankreich, Italien, Deutschland, Spanien und Polen gehören zu den größten Geldgeber:innen. Die Finanzierung aus der EU hat sich in den letzten Jahren drastisch erhöht und erreichte einen Gesamtbetrag von 437,7 Mio. USD zwischen 2009 und 2018.¹⁴

Neben diesen finanziellen Strömen gibt es noch vier weitere, die zur Finanzierung der Anti-Gender-Bewegung beitragen. Eine Methode ist die Mittelbeschaffung durch Grassroot-Initiativen, die besonders für Initiativen geeignet ist, die sich auf das Narrativ der "Rettung der natürlichen Familienordnung" konzentrieren. Ein weiterer Mechanismus ist die Spende von Einzelpersonen, darunter auch Milliardär- und Millionär:innen aus den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eliten. Des Weiteren wird die Anti-Gender-Bewegung durch staatliche Unterstützung finanziert, indem z.B. sogenannte "Krisenberatungsstellen" für Schwangere eingerichtet oder Jugendliche durch Bildungsprojekte in Schulen indoktriniert werden. Rechtsgerichtete Politiker:innen haben auch Zugang zu beträchtlichen Summen staatlicher Mittel über legale Kanäle der Parteienfinanzierung. Schließlich nutzen gleichstellungsfeindliche Akteur:innen religiöse Netzwerke, insbesondere katholische und andere glaubensbasierte Netzwerke, um Spenden und Beiträge zu mobilisieren.¹⁵

Finanzierung aus den USA

Mit 81,3 Millionen (11,5 %) US-Dollar fällt die Einflussnahme der USA zwar am geringsten aus, ist aber dennoch beachtlich. Die Finanzgeber:innen setzen sich aus NGOs und konservativen Denkfabriken der amerikanischen christlichen Rechten zusammen und werden von einer Reihe von konservativen amerikanischen Stiftungen unterstützt. Diese Stiftungen wiederum werden von amerikanischen Milliardär:innen finanziert, die enge Verbindungen zur amerikanischen Republikanischen Partei und den alternativen und extremen Rechten haben.¹⁶

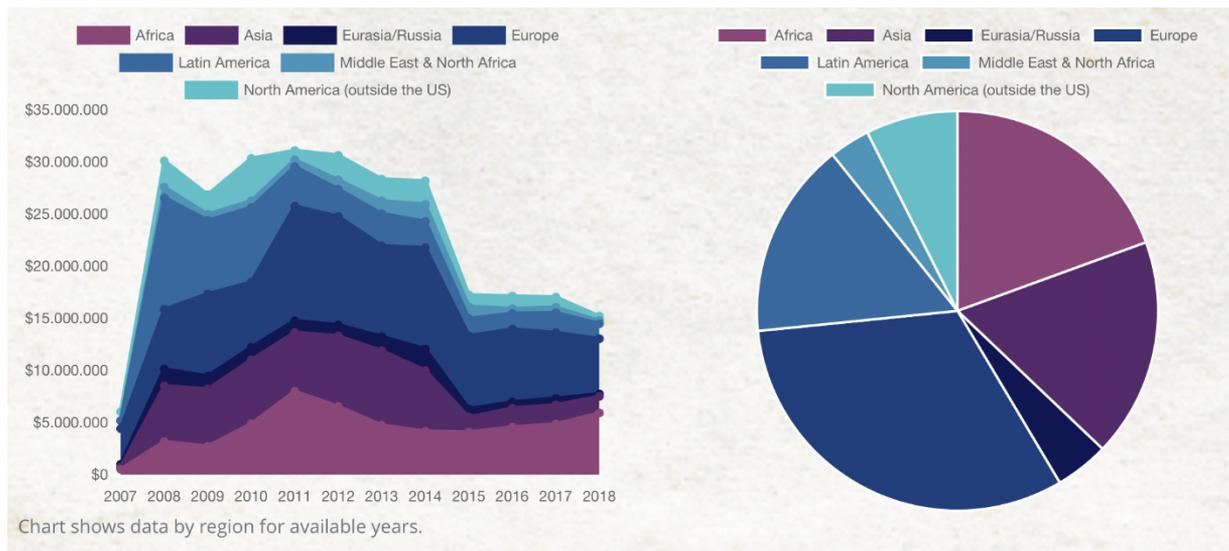
Viele dieser konservativen Stiftungen unterstützen die Christian Right in den USA. Es gibt aber mindestens sieben amerikanische Stiftungen, die in Europa einen bedeutenden Einfluss ausüben: Die DeVos Family Foundation, die Charles Koch Foundation, die Chiaroscuro Foundation, die National Christian Foundation, den Donors Trust, die Prince Foundation und die Templeton Foundation. Das Ziel dieser organisierten Gruppe war es, die Gesetzgeber:innen zu beeinflussen und Maßnahmen für das Recht auf Abtreibung, Sexual and Reproductive Health Rights (SRHR), LGBTIQ-Rechte und Comprehensive Sexuality Education (CSE) sowohl auf EU-Ebene als auch auf der Ebene der Mit-

¹⁴ EPF „Tip of the Iceberg: Religious Extremist Funders against Human Rights for Sexuality & Reproductive Health in Europe“ <https://www.epfweb.org/sites/default/files/2021-08/Tip%20of%20the%20Iceberg%20August%202021%20Final.pdf>

¹⁵ Damjan Denkovski and Annika Kreitlow 2021. Funding (in)equality? A comparative look at the funding landscape for pro-and anti-gender initiatives and campaigns in the European Union (EU). Centre for Feminist Foreign Policy. Berlin https://centreforffp.net/wordpress/wp-content/uploads/2023/01/Funding_inequality_cffp_V3.pdf

¹⁶ EPF „Tip of the Iceberg: Religious Extremist Funders against Human Rights for Sexuality & Reproductive Health in Europe“ <https://www.epfweb.org/sites/default/files/2021-08/Tip%20of%20the%20Iceberg%20August%202021%20Final.pdf>

gliedstaaten zu bekämpfen. Im Jahr 2020 veröffentlichte das Projekt "Tracking the Backlash" von OpenDemocracy Daten, die zeigen, dass Gruppen der Christian Right in den USA 280 Millionen US-Dollar für Kampagnen gegen feministische Gesetze auf fünf Kontinenten ausgegeben haben. Ein erheblicher Betrag dieser Mittel ist nach Europa geflossen und darauf ausgerichtet, die EU-Gesetzgebung zu stören oder Anti-Gender-Ressentiments in Mitgliedsstaaten zu stärken.¹⁷



Quelle: Tracking the Backlash, OpenDemocracy 2020

¹⁷ Tracking the Backlash, OpenDemocracy 2020 <https://www.opendemocracy.net/en/5050/how-to-investigate-the-us-christian-rights-influence-around-the-world/>

Auswirkung auf den öffentlichen Diskurs zum Selbstbestimmungsgesetz in Deutschland

Die auf den vorherigen Seiten beschriebene Förderung von Anti-Gender- und Desinformationskampagnen in Europa hat spürbare und messbare Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs zum Selbstbestimmungsgesetz in Deutschland. Bereits vor Veröffentlichung eines Eckpunktepapiers oder gar Gesetzesentwurfes zum Selbstbestimmungsgesetz, als das Vorhaben zunächst im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition auftauchte, waren Gegenwind und Empörung groß. Beispielhaft dafür waren unter anderem biologistische und diskriminierende Äußerungen aus der Gruppe trans-ausschließender Radikalfeministinnen, wie der sogenannten "Frauenrechtlerin" Gunda Schuman: Löse sich die Geschlechterordnung auf, könne man "nicht einmal mehr sinnvoll für Frauen- und Lesbenrechte kämpfen, weil sich auch nicht mehr bestimmen lässt, wer eigentlich eine Frau oder Lesbe ist."¹⁸

Schaut man sich verschiedene internationale Studien und Daten aus Deutschland an, so liegt der Anteil von trans* Menschen in der deutschen Bevölkerung bei 0,33 bis 0,7 %.¹⁹

Es lässt sich eine große Diskrepanz zwischen der Minderheit an (konkret durch das Gesetz) betroffenen Personen und der besonders medialen hohen Aufmerksamkeit der Gegenstimmen feststellen.

Eine prominente Gegenstimme ist Alice Schwarzer, die mit ihrem Buch zur "Transsexualität"²⁰ Einfluss auf die Debatten um das Selbstbestimmungsgesetz nimmt. Auf dieses Buch beziehen sich im deutschsprachigen Raum häufig TERFs (Trans-Exclusionary Radical Feminism, dt. „Trans-ausschließender Radikalfeminismus“) und nutzen es, entgegen wissenschaftlicher Erkenntnisse der Geschlechterforschung, als Grundpfeiler transfeindlicher Ideologie. Judith Butler hat 2021 im Guardian die transfeindliche Haltung von TERFs als faschistoide Ideologie entlarvt, die eine Verbindung zwischen linken und rechten Inhalten vorgibt und sich so schnell verbreiten kann. Die Verbrüderung von transexklusiven Radikalfeministinnen wie Arussi Unda und rechten politischen Kräften wie der PAN-Partei in Mexiko ist eine globale politische Strategie, die darauf abzielt, die progressiven Gegner:innen zu spalten und zu schwächen.²¹

In Großbritannien werden Debatten um trans-inklusive Gesetzesänderungen seit Jahren von einer breit angelegten Desinformationskampagne in den Boulevardmedien begleitet. Weiter befeuert wird diese Kampagne durch transfeindliche Äußerungen von prominenten Aktivist:innen, wie der Schriftstellerin Julie Bindel. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch in Deutschland beobachten: Die Bild warnt vor "kriminellen Männern", die sich dank des geplanten neuen Gesetzes Zugang zu Frauentoiletten und Frauenhäusern verschaffen würden, um Gewalt gegen Frauen auszuüben. Die NZZ spricht sich gegen die "autoritäre Transgender-Ideologie" aus und erklärt Geschlechtsdysphorie unter

¹⁸ "Körperliche Schmerzen Holen einen schnell aus der Ideologie" von Mathhias Brodkorb 2021 <https://www.cicero.de/innenpolitik/transsexuellengesetz-drittes-geschlecht-selbstbestimmung-gender-transition-bundesverfassungsgesicht>

¹⁹ Zahlenspiele, dgti e.V. Alexander Regh (2008), Sandra Wißgott (2013) / zuletzt aktualisiert: Petra Weitzel (2023) <https://dgti.org/2021/08/12/zahlenspiele/>

²⁰ Der Begriff "Transsexualität" stammt aus einem pathologisierenden, medizinischen Kontext. Die Endung -sexuell ist zudem missverständlich, da Geschlechtsidentität und Sexualität gleichgestellt werden. Daher steht der Begriff in Anführungszeichen und sollte nicht pauschal für trans* Menschen verwendet werden.

²¹ "In Mexiko gibt es mehr als Chicos und Chicas" von Helena Raspe 2022 <https://www.freitag.de/autoren/helena-raspe/transfeindlichkeit-in-mexiko-und-ihre-feministischen-mitstreiterinnen>

Jugendlichen zu einem gefährlichen Trend, der Konversionstherapie als legitimes Gegenmittel erfordert. Die von der Ampelkoalition geplanten Aufklärungsaktionen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt an Schulen bezeichnet die NZZ als "Indoktrination".²²

Politische Gegenstrategien und wirksame Narrative zur Stärkung der Menschenrechte von queeren Menschen

In einem im Jahr 2021 erschienen Policy-Briefing des "Centre for Feminist Foreign Policy" (CFFP), mit dem Titel "Funding (in)equality? A comparative look at the funding landscape for pro-and anti-gender initiatives and campaigns in the European Union (EU)", werden am Ende des Briefings konkrete Maßnahmen zur Finanzierung von Anti-Gender-Akteur:innen vorgeschlagen.²³ Diese fasse ich im Folgenden verkürzt zusammen.

- 1. Investition in internen Kapazitätsaufbau, um Anti-Gender-Strategien zu erkennen und zu verstehen**
 - Sensibilisierung von Regierungspersonal auf Staats- und EU-Ebene für Anti-Gender-Bewegung
 - Datenerfassung über Anti-Gender-Akteure und Kampagnen
 - Interne Kontrollen, um zu prüfen, ob Anti-Gender-Akteure institutionelle Finanzierung erhalten
 - Austausch mit Zivilgesellschaft, um lokale Bedürfnisse zu verstehen.
- 2. Mehr Finanzierung für feministische Zivilgesellschaft durch EU-Institutionen und Mitgliedstaaten**
 - Benchmarks für einen höheren Anteil an EU-Finanzierung für Gleichstellungsprojekte
 - Einfacherer Zugang zu institutioneller Finanzierung für Graswurzelbewegungen und kleine Organisationen
 - Intersektionaler Ansatz bei der Finanzierung und Vergabe von Fördermitteln, inklusive LGBTIQ- und antirassistischer Initiativen
 - Vernetzung der Zivilgesellschaft fördern und Drehscheiben/Austauschplattformen finanzieren
 - Die Entwicklung langfristiger institutioneller Finanzierungsmechanismen für die feministische Zivilgesellschaft

²² Hetze gegen Selbstbestimmungsgesetz von Fatma Aydemir 2021 <https://taz.de/Hetze-gegen-Selbstbestimmungsgesetz/15818120/>

²³ Damjan Denkovski and Annika Kreitlow 2021. Funding (in)equality? A comparative look at the funding landscape for pro-and anti-gender initiatives and campaigns in the European Union (EU). Centre for Feminist Foreign Policy. Berlin https://centreforffp.net/wordpress/wp-content/uploads/2023/01/Funding_inequality_cffp_V3.pdf

3. Stärkung des Rechtsrahmens

- Strengere EU-Transparenzgesetze für die Finanzierung nichtstaatlicher Akteure entwickeln und einsetzen
- Untersuchung der Verwendung von Kryptowährungen zur Finanzierung von Anti-Gleichheits-Initiativen
- Schutz der Arbeit der progressiven/feministischen Zivilgesellschaft vor negativen Auswirkungen und Bedrohungen durch Terrorismusbekämpfung
- Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft bei der Entwicklung neuer rechtlicher Rahmenbedingungen, die sich auf sie auswirken könnten.

4. Seien Sie politisch mutig und konsequent

- Investition in Meinungsumfragen und Einstellungsforschung, um queerfeindliche Narrative und die Enttäuschung über die EU zu verstehen
- Unterstützung für ein sicheres Umfeld für zivilgesellschaftlichen Aktivismus in den EU-Mitgliedstaaten
- Sicherstellen, dass Entscheidungen auf EU-Ebene mit den Werten der EU übereinstimmen
- Systematisches Verständnis der Anti-Gender-Bewegung und umfassende institutionelle Antworten.

2. Queerfeindlichkeit als Kriterium im Kontext der Debatte um “Sichere Herkunftsstaaten”

Dem Grundgesetz zufolge kann ein Land als “sicherer Herkunftsstaat” eingestuft werden, wenn es aufgrund seiner demokratischen Systeme, politischen Bedingungen, Rechtslage und Rechtsanwendung gewährleistet, dass dort keine politische Verfolgung oder menschenunwürdige Behandlung stattfindet. Im Rahmen der Verschärfung des Asylrechts im Jahr 1993 wurde das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten eingeführt.

Vereinfacht ausgedrückt bedeutet das: Wer aus einem sicheren Herkunftsstaat kommt, hat in Deutschland in der Regel kein Recht auf Asyl. Die Asylanträge von Menschen, die aus diesen Staaten nach Deutschland kommen, werden in nahezu allen Fällen als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt.

Zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Stellungnahme stuft das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) folgende Länder als sichere Herkunftsstaaten ein:

- Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union
- Albanien
- Bosnien und Herzegowina
- Ghana
- Kosovo
- Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik
- Montenegro
- Senegal
- Serbien

In den vergangenen Jahren versuchte die Bundesregierung mehrere Male, Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien als “sicheres Herkunftsland” einzustufen. Ein neuer Gesetzesentwurf des Bundesinnenministeriums konzentriert sich auf Georgien und Moldau. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen (Amnesty International, ProAsyl u.m.) äußern große Bedenken gegenüber der Bezeichnung dieser Länder als "sicher". Es gibt nach wie vor Personengruppen, wie beispielsweise die queere Community, kritische Journalist:innen und Aktivist:innen, die in den Maghreb-Staaten und Georgien politischer Verfolgung und Folter ausgesetzt sein können. Die Organisationen stellen außerdem in Frage, ob sich die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer an realen und sichtbaren Änderungen der politischen Situation in diesen Ländern orientiert, oder diese als politisches Instrument verwendet wird, um die Zuwanderung aus den genannten Ländern zu begrenzen.²⁴

Im Folgenden erläutere ich, wieso ich die Einstufung der Länder Ghana, Moldau, Georgien und Serbien als sichere Herkunftsländer für inakzeptabel befände, besonders unter expliziter Berücksichtigung der rechtlichen und gesellschaftlichen Lage queerer Menschen vor Ort.

²⁴ Was sind sogenannte "sichere" Herkunftsländer, Flüchtlingsrat Thüringen e.V. 2021 <https://www.fluechtlingsrat-thr.de/themen/basiswissen/sogenannte-sichere-herkunftslaender>

Ghana

Der UN-Menschenrechtssausschuss, der UN-Sonderberichterstatter zu Extremer Armut und Menschenrechten, das Außenministerium der Vereinigten Staaten, Amnesty International, Freedom House, die Bertelsmann-Stiftung, Human Rights Watch, ILGA und das Center for International Human Rights of Northwestern Pritzker School of Law warnen vor staatlicher und gesellschaftlicher Verfolgung queerer Menschen in Ghana. Aus allen Berichten geht hervor, dass ein Leben als queere Person in Ghana nicht einmal annähernd menschenwürdig ist.²⁵

Das Auswärtige Amt ist sich dessen bewusst und hält auf der Seite "Ghana: Reise- und Sicherheitshinweise" folgendes fest:

*"Das ghanaische Strafrecht sieht für homosexuelle Handlungen bis zu drei Jahre Haft vor. Die Toleranz gegenüber LGBTIQ-Personen ist in Ghana sehr gering ausgeprägt. Die meisten Ghanaer lehnen dieses Thema ab."*²⁶

Im August 2021 wurde ein Gesetzesentwurf für ein Anti-LGBTIQ-Gesetz in das ghanaische Parlament eingebracht. Grund dafür war die Eröffnung des LGBTIQ-Community-Büros in Accra am 31. Januar 2021, das in Teilen der ghanaischen Bevölkerung auf Ablehnung stieß. Politiker:innen und religiöse Autoritäten sprachen von einer "wachsenden Lobbyarbeit und Propaganda" der queeren Community, die ihrer Meinung nach "einen Angriff auf die ghanaischen Werte und die Kultur" darstellt.

Das Gesetz sieht vor, dass LGBTIQ-Personen, die sich als solche zu erkennen geben oder sich für ihre Rechte einsetzen, mit drei bis zehn Jahren Haft bestraft werden können. Es würde das LGBTIQ-Sein selbst ausdrücklich zu einem Verbrechen machen und jeden bestrafen, der sich als lesbisch, schwul, trans*, queer, pansexuell oder nicht-binär identifiziert. Auch Menschenrechtsaktivist:innen, die sich für die Rechte der queeren Community einsetzen, drohen hohe Strafen.

Der Gesetzesentwurf würde außerdem alle Bürger:innen verpflichten, Personen, die verdächtigt werden, der queeren Community anzugehören, der Polizei zu melden. Die Bereitstellung von Unterkünften für queere Menschen wäre ebenfalls strafbar. Außerdem würde der Gesetzesentwurf auch eine obligatorische Konversionstherapie zulassen, mit der versucht werden soll, die sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität zu ändern. Internationale Organisationen und Regierungen haben die Eröffnung des Büros begrüßt und warnen vor den Folgen des geplanten Gesetzes.

Der Aktivist Danny Bediako, Leiter der NGO Rightify Ghana, kommentiert den Gesetzesentwurf gegenüber CNN mit diesen Worten:

*"It's going to make it difficult for the (LGBT) community to exist. They are just trying to erase the community through this bill, so it will definitely lead to an increase in attacks," said Bediako, who added that his organization had documented 27 cases of violent attacks targeted toward the LGBTQ community in the country this year.*²⁷

²⁵ Zusammenstellung internationaler Berichte zur Menschenrechtsslage von LSBTI in Ghana, LSVD https://www.lsvd.de/de/ct/4054-lsbt-ghana#_ftn7

²⁶ Ghana: Reise- und Sicherheitshinweise, Auswärtiges Amt Mai 2023 https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/ghana-node/ghanasicherheit/203372#content_5

²⁷ Ghana's president softens country's stance on draconian anti-LGBTIQ bill as Kamala Harris visits, CNN 2023 <https://edition.cnn.com/2023/03/29/africa/ghana-softens-lgbtq-stance-intl/index.html>

Ende März 2023 erklärte Ghanas Präsident Nana Akufo-Addo, dass "wesentliche Elemente" des drakonischen Anti-LGBTIQ-Gesetzes nach einer Intervention seiner Regierung "geändert" wurden. Aktuell durchläuft der Gesetzentwurf erneut das Parlament und wird im Verfassungs- und Rechtsausschuss behandelt. Nach den parlamentarischen Beratungen wird dem Präsidenten ein endgültiger Gesetzentwurf zur Zustimmung vorgelegt.

Samuel Nartey George, einer der Parlamentarier, die den Gesetzentwurf eingebracht haben, besteht jedoch darauf, dass das vorgeschlagene Gesetz "starr und hart" bleibt. "Der Gesetzentwurf wurde nicht wesentlich geändert. Das Gesetz bleibt so streng und rigide wie es war", sagte George in einem Fernsehinterview mit lokalen Medien.

Es ist daher nicht hinnehmbar, dass Ghana weiterhin pauschal als sicherer Herkunftsstaat aufgeführt wird.

Moldau

Homosexualität ist in der Republik Moldau seit 1995 nicht mehr illegal. Diese Entscheidung wurde allerdings nicht aus einem menschenrechtlichen Interesse Moldaus getroffen, sondern ist wohl eher aus dem Interesse geboren, Mitgliedsstaat des Europarats zu werden. Weitere, elementare Gesetze zur Stärkung der Rechte queerer Menschen lassen bis heute auf sich warten. In Moldau besteht keine gesetzliche Möglichkeit zur Eheschließung oder Registrierung einer Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Die staatliche Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Beziehungen fehlt bislang. Die Moldawische Regierung versuchte in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder, Pride-Veranstaltungen abzusagen. Viele mussten aufgrund massiver Gegenproteste und fehlenden Schutzes der Demonstrierenden abgesagt werden.

Eine Studie von ILGA Europe aus dem Jahr 2022 ergab, dass die meisten Menschen in Moldau immer noch eine negative Einstellung gegenüber der queeren Community haben. 64 Prozent der Befragten gaben an, dass sie queere Menschen aus Moldau "ausschließen" würden.²⁸

Der Einfluss Russlands auf die Akzeptanz queerer Menschen ist in Moldau deutlich spürbar. Besonders die größte Glaubensgemeinschaft in Moldawien, die russisch-orthodoxe Kirche, spielt dabei eine große Rolle. So rief sie die Behörden auf, den geplanten Marsch der queeren Community und andere Veranstaltungen für den Zeitraum vom 16. bis 19. Juni 2022 zu blockieren. Die Kirche behauptete, dass die LGBTIQ-Gemeinschaft in Moldawien keine Unterstützung genieße und nur von im Ausland ansässigen "Agenten" unterstützt werde.²⁹

²⁸ "2022 Rule of Law Report - targeted stakeholder consultation", ILGA Europe 2022 <https://www.ilga-europe.org/report/2022-rule-of-law-report/>

²⁹ "Poll Finds LGBT People Still Not Welcome In Moldova", Tamara Grejdeanu, Radio Free Europe/Radio Liberty 2022 <https://www.rferl.org/a/moldova-tolerance-lgbt-change/31894654.html>

Georgien

Ein Bericht des IPHR, der in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt erstellt wurde, dokumentiert eine sich zunehmend verschlechternde Lage für queere Menschen in Georgien.

Die Angriffe auf Aktivist:innen und Journalist:innen während des "March for Dignity" am 5. Juli 2021 zeigen, dass die georgischen Behörden keine ausreichenden Maßnahmen ergreifen, um Diskriminierung zu bekämpfen und sexuelle Minderheiten sowie oppositionelle Medien zu schützen. Vor der Tbilisi Pride Week wurde eine Atmosphäre des Hasses, der Drohungen und der Gewalt gegen LGBTIQ-Aktivist:innen und Medien der Opposition geschürt. Die Behörden haben jedoch versäumt, im Einklang mit der georgischen Gesetzgebung und internationalen Verpflichtungen angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um gegen Hassreden vorzugehen und die Sicherheit beim March for Dignity zu gewährleisten.

Besorgniserregend ist auch, dass Führer der regierenden Partei "Georgischer Traum", einschließlich des Premierministers Irakli Garibaschwili, die Opfer für die gewalttätigen Ereignisse verantwortlich machten und die Situation instrumentalisierten, um die Position ihrer politischen Gegner:innen vor den Wahlen im Oktober zu schwächen. Die organisierten gewalttätigen Aktionen von nationalistischen Gruppen und die Unfähigkeit der Polizei, wirksam zu reagieren, untergraben das Vertrauen der Öffentlichkeit in die staatlichen Institutionen und die Rechtsstaatlichkeit. Einschüchterungen und gewalttätige Angriffe auf Journalist:innen haben die Mediengemeinschaft eingeschüchtert und bedrohen das Recht auf freie Meinungsäußerung, das ein wesentlicher Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft ist.³⁰

Serbien

Was die Rechte queerer Menschen betrifft, ähnelt die Lage in Serbien der in Moldau. Seit 1994 ist Homosexualität zwar legal, doch stößt man gesellschaftlich auf Ablehnung dieses Themas. Laut einem Artikel von The Guardian aus dem Jahr 2017 waren 65% der serbischen Bevölkerung der Ansicht, dass Homosexualität als Krankheit angesehen werden sollte, während 78% der Befragten der Meinung waren, dass öffentliche Darstellungen von Homosexualität unangemessen seien.³¹

Im August 2022 sagte Serbiens Präsident Aleksandar Vučić die Parade der paneuropäischen LGBTQIA*-Veranstaltung „EuroPride“ ab. Wenige Tage später wurde diese von den Sicherheitsbehörden verboten. Die Akzeptanz queerer Menschen im Land gerät seit Jahren ins Stocken. So hat Serbien zwar zum einen seit 2017 mit Ana Brnabić eine bekennend lesbische Regierungschefin. Es sind jedoch weder die Ehe für alle noch eingetragene Partnerschaften gesetzlich zugelassen. Das liegt nicht nur an der rechtsnationalen Regierung (die ihre Ablehnung damit begründet, dass die "traditionelle Familie auf der Kippe stehe"), sondern auch am starken Einfluss der serbisch-orthodoxen Kirche. Der Bischof Nikanor Bogunović lobte die Absage der EuroPride und sprach von einer „Schändung unseres Landes“. Auf einer anderen Veranstaltung war sein Ton noch schärfer, als er wortwörtlich sagte „Wenn ich eine Waffe hätte, würde ich sie benutzen.“³²

³⁰ Failures by the Georgian government to address hate speech and attacks on LGBTIQ activists and journalists" IPHR https://www.iphronline.org/wp-content/uploads/2021/11/REPORT_the-whole-country-against-us.pdf

³¹ "Serbia gets its first female – and gay – prime minister", The Guardian 2017 <https://www.theguardian.com/world/2017/jun/15/serbia-gains-its-first-female-and-gay-prime-minister-ana-brnabic>

³² "Serbischer Bischof will Europride in Belgrad "verfluchen", Der Standard 2022 <https://www.derstandard.de/story/2000138388137/serbischer-bischof-will-europride-in-belgrad-verfluchen>

Auch Russland spielte eine zentrale Rolle bei den Gegendemonstrationen der EuroPride 2022 in Serbien. Der politische Analyst Dusan Janjić sagte in einem Interview mit Prva TV, einem serbischsprachigen Privatfernsehsender, dass die russische Bikervereinigung "Nachtwölfe", die die Proteste gegen die Durchführung der diesjährigen EuroPride-Veranstaltung in Belgrad anführte, vom russischen Militärgeschwader GRU unterstützt wurde.³³

Ich selbst war letztes Jahr vor Ort. Die Parade, die im Rahmen der EuroPride stattfand, wurde am Tag selbst, wenige Stunden vor Beginn, dann doch zugelassen. An diesem Tag kam es zu über 80 Festnahmen. 13 Polizist:innen wurden (von Gegendemonstrant:innen) verletzt. Am Abend gab es weitere gewalttätige Übergriffe am Rande der Parade. Eine Gruppe queerer Menschen aus Albanien wurde auf dem Rückweg zu ihrem Hotel von sieben bis neun serbischen Männern aus dem rechten Spektrum angegriffen. Wenige Meter neben dem Hotel erkennt man einen durchgestrichenen "LGBT" Schriftzug.

³³ Analyst: Russland steckt hinter Anti-Pride-Protesten in Belgrad" Euractiv Media Network 2022
<https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/analyst-russland-steckt-hinter-anti-pride-protesten-in-belgrad/>



Bilder: Fabian Grischkat

Fazit

Unter Berücksichtigung der auf den vorherigen Seiten beschriebenen Umstände der gesellschaftlichen und politischen Situationen queerer Menschen in den Ländern Ghana, Moldau, Georgien und Serbien, halte ich die Klassifizierung dieser als "sichere Herkunftsstaaten" für nicht hinnehmbar. Die Bundesregierung sollte innen- wie außenpolitisch eine feministische und queerefreundliche Politik anstreben. Konkret bedeutet das: Dialog und bilaterale Gespräche zu den genannten Ländern fördern (Beispiel: Die Teilnahme des Queer-Beauftragten der Bundesregierung an der EuroPride im vergangenen Jahr in Serbien), paneuropäische und globale Projekte zur Förderung der Rechte queerer Menschen ausbauen und die Einstufung von Ländern als "sichere Herkunftsstaaten" nicht als Instrument für schnellere Ablehnungen von Asylanträgen zweckentfremden.